

Schweizer Städtepolitik

Die Sicherheit im Alltag in den schweizerischen Städten

Unser Massnahmenplan für sichere Städte

Verabschiedet vom Parteipräsidium am 12. September 2011

Sicherheit im Alltag im öffentlichen Raum

Die Schweizerischen Städte gehören weltweit zu den sichersten. Das macht unsere Städte für Personen sowie für Unternehmen und internationale Organisationen attraktiv. Im internationalen Umfeld gilt die Schweiz als sicherer Standort, was einen Wettbewerbsvorteil darstellt. Sicherheit ist damit besonders wichtig für das Wohlbefinden der Menschen und den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Die CVP ist dafür mitverantwortlich und setzt sich für sichere Schweizerische Städte ein.

Jugendkriminalität, Vandalismus, brutale Angriffe auf unbeteiligte Passanten, Ausschreitungen an Sportveranstaltungen, aber auch Angriffe gegen Polizisten und Rettungskräfte sind Herausforderungen, die auch in einem erfolgreichen Land wie der Schweiz konsequent angegangen werden müssen. Eine Resolution zur Sicherheit im Alltag ist im März 2011 von der Delegiertenversammlung verabschiedet worden.¹

Die CVP duldet keine rechtsfreien Räume und keine Gewalt. Eine konsequente Strafverfolgung und die Anwendung des geltenden Strafgesetzbuches sind zentral. Für ein reibungsfreies gesellschaftliches Miteinander braucht es klare Richtlinien und Grenzen. Zudem braucht es mutige Bürgerinnen und Bürger, die hinschauen und helfen, anstatt die Menschen ihrem Schicksal zu überlassen. Die CVP setzt auf präventive und repressive Massnahmen, um die Sicherheit in der Schweiz zu bewahren – denn sich in seiner Stadt wohlfühlen heisst sich sicher zu fühlen.

Die Forderungen der CVP:

- 3000 zusätzliche Polizisten: Die Sicherheit auf öffentlichen Plätzen und in Quartieren muss gewährleistet sein. Wir fordern dafür die 3000 zusätzlichen Polizisten, die schon lange fehlen, und wo nötig Videokameras. Öffentliche Plätze sollen beleuchtet werden. Wir fordern Respekt gegenüber Polizei und Einsatzkräften. Angriffe auf Einsätze und Verhinderung der polizeilichen Arbeit müssen geahndet werden. Polizeipräsenz sollte vor allem während den Abend- und Nachtstunden verstärkt werden, und an den am meisten frequentierten Orten (vor dem Ausgang von Diskotheken z.B.). Jede Gemeinde sollte über ein integriertes Sicherheitskonzept verfügen.
- Aufstockung GWK: Einige grenznahe Städte sind besonders von Kriminalität betroffen. Wir fordern 300 zusätzliche Grenzwächter, dabei aber eine klare Trennung zwischen der Arbeit der Polizei und des Grenzwachtcorps.
- Bettelverbot für Kinder: In vielen Schweizer Städten tauchen periodisch „Bettelbanden“ auf, die von kriminellen Organisationen aus dem Hintergrund gesteuert werden. Oftmals werden Kinder für diese Aufgabe eingesetzt, in besonders krassen Fällen werden die Kinder verstümmelt. Damit ist der Tatbestand des Menschenhandels erfüllt. Bestehen im Strafgesetzbuch keine Lücken, so erweist es sich in der Praxis allerdings schwierig, den Hintermännern habhaft zu werden. Einige Städte begegnen dem Problem mit Ohnmacht, in anderen ist das Vorgehen gegen Bettelnde aus politischen Gründen verpönt. Deshalb sind die Bestimmungen zum Menschenhandel mit einem Bettelverbot für Kinder und Minderjährige zu ergänzen.
- Alkoholverkauf in kommunaler Kompetenz: Das Ausgehverhalten hat sich in den vergangenen Jahren markant verändert. Rauschtrinken ist „en vogue“ und durch die Verfügbarkeit von billigem (und billigstem Alkohol) auch einfach möglich. Die Städte sehen sich an den Wochenenden deshalb zunehmend mit Problemen wie Vandalismus, Littering, Urinieren im öffentlichen Raum, Angriffen auf Putzequipen, Sanitäter und Polizisten konfrontiert. Wir fordern deshalb, dass in der laufenden

¹ Resolution der CVP Schweiz « Heimat ist dort, wo man sich sicher fühlt - Sicherheit schafft Erfolg », März 2011

Revision des Alkoholgesetzes die Städte die Kompetenz erhalten, Alkoholausschank, Alkoholkonsum und Alkoholverkauf durch kommunales Recht einzugrenzen, um adäquat auf bestehende Problemsituationen reagieren zu können.

- Gewalt an Sportveranstaltungen: Die Probleme rund um Gewalt im Sport sind ungelöst. Wenn der Sportverband sich der Probleme nicht annimmt, muss der Staat die Mitglieder des Verbands in die Pflicht nehmen. Wir fordern deshalb ein nationales Gesetz, welches folgende Bereiche abdeckt: 1. Kommunale Bewilligungspflicht für Sportgrossveranstaltungen. 2. Strafbestimmungen für Vereine und Stadionbetreiber, welche bestehende Sicherheitsbestimmungen (z. B. Pyrotechnik) nicht durchzusetzen vermögen. 3. Strafbestimmungen für Vereine, deren Fans sich bei Auswärtsspielen gewalttätig verhalten. 4. Die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen, damit unbekannte Täter mit Fotos auf dem Internet veröffentlicht werden können.
- Gewalt an Demonstrationen: Veranstalter von Demonstrationen sollen in der Bewilligung verpflichtet werden, Gewalt und Ausschreitungen während ihres Anlasses zu verhindern und Verantwortung zu übernehmen.
- Vermummungsverbot: Bei Demonstration und Manifestationen im öffentlichen Raum soll ein Vermummungsverbot gelten.

Sicherheit im Alltag unterwegs

Sicherheit ist nicht nur der Schutz der Bevölkerung vor Gewalt und kriminellen Handlungen, sondern bedeutet auch für Kinder, Familien und Senioren sich gefahrlos in ihrer Umgebung zu leben. Kinder und Senioren gehören zu den schwächsten Verkehrsteilnehmern.² Die Kinder sollten – je nach Alter und Entwicklungsstand – den Schulweg möglichst selbstständig zu Fuss, mit dem Fahrrad oder mit dem Bus zurücklegen. Für die Unfallverhütung bedeutend sind dabei die Anstrengungen der Behörden für mehr Sicherheit für die Fussgänger und die Verkehrsteilnehmer aller Altersstufen. Kinder sollen ganz grundsätzlich für Gefahren sensibilisiert werden.

Die Forderungen der CVP:

- Sensibilisierung für Gefahren: Kinder sollen die Gefahren erkennen können, die sie auf dem Schulweg und generell auf der Strasse erfahren könnten. Sensibilisierungskampagnen zu den Gefahren sollten im schulischen Umfeld durchgeführt werden. Die Kinder sollten lernen, wie sie sich gegenüber lästigen Personen oder Unbekannten zu verhalten haben.
- Pedibus: Die Einsetzung von Pedibus-Linien muss von den öffentlichen Behörden gefördert werden. Diese „Schulbusse auf Füssen“ bietet den Kindern die Möglichkeit in einer Gruppe und in Sicherheit zu Fuss zur Schule zu gehen. Zudem bietet dies den Kindern die Möglichkeit sich zu bewegen und an Autonomie zu gewinnen, damit sie später imstande sind, den ganzen Schulweg allein zu gehen.
- Sicherung des öffentlichen Raumes: Der Zugang zu den von den Kindern besuchten Orten (Schulen, Spielplätze, usw.) soll eine maximale Sicherheit bezüglich des motorisierten Verkehrs gewähren. Die Gemeinwesen müssen für diese Sicherheit sorgen, zum Beispiel durch Verkehrsberuhigungsmassnahmen (Verengungen, Mässigung der Geschwindigkeit, Überquerungshilfen).
- Tempo-30-Zonen und Begegnungszonen: die Schaffung von Tempo-30-Zonen (Geschwindigkeit von 30 km/h) und Begegnungszonen (20 km/h) muss gefördert

² Strassenverkehrsunfälle sind bei Kindern zwischen 5 und 14 Jahren die häufigste Unfall-Todesursache. Jährlich verunfallen in der Schweiz 2000 Kinder im Alter zwischen 0 und 14 Jahren, etwa 300 davon auf dem Schulweg.

werden. Diese Zonen tragen zur Verbesserung der Lebensqualität in Wohngebieten bei. Die Begegnungszonen schaffen benutzerfreundliche Räume, die Begegnungen und soziale Interaktionen fördern. Sie reduzieren auch die Lärmbelastigung des Strassenverkehrs.

- Geschwindigkeitskontrollen: Der Schutz vor den Kindern und anderen Fussgängern und Radfahrern fordert häufige Geschwindigkeitskontrollen in den Tempo-30-Zonen und auf den Hauptstrassen, und eine Kontrolle des Stationierens der Fahrzeuge, wenn dieses die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer beeinflusst (Sichtbarkeit).
- Sicherheit der Senioren: Senioren führen einen grossen Teil ihren Bewegungen zu Fuss in den schweizerischen Städten aus. Es ist infolgedessen wichtig, dass ihre Sicherheit durch gute Fusswege, angepasste Höchstgeschwindigkeiten, und eine für Senioren angepasste Infrastruktur für das Überqueren der Strassen gewährleistet wird. Diese Infrastruktur bietet eine gute Sichtbarkeit, mindert die zu überquerende Distanz und reduziert deswegen die Strecke. Lichtsignalanlagen sollen Senioren vor dem Strassenverkehr wirksam schützen (Mittelinseln, usw.).